

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummern 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Reichspostämtern er-
lassen. Im amtlichen Zeitungs-
verzeichnis unter Code-Zustellung ein-
getragen. Für unerlangt eingegan-
gene Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Code-Zustellung ge-
sichert. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1142
u. 1418, der Zeitungs-Verlag. Nr. 1133
Dörfelstr. 10a Leipzig Nr. 4639.

Zeitung

Dreihundertfünfundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden d. Tageszeit. 34 mm bre. Milli-
meterzeile u. der deren Raum mit
20 H. berechn. u. in unserer An-
zeigenschein u. allen Anzeigens-
schriften angenommen. Reklamen
die 24 mm bre. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen in anderen Zeitschriften
11 H. für die Sonntags- u. abss.
6 H. Abbestellungen, soweit mög-
lich, müssen schriftlich erfolgen.
Erstausgabe: Halle. Erscheinung
tag: 2 mal, Sonntags 1 mal. Ver-
lag: u. Druckerei: Buchdruckerei: Halle,
Neue Promenade 12, E. Braun
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 482.

Halle, Dienstag, den 14. Oktober.

1910.

Wann erfolgt die Abstimmung im Osten?

G e n a f, 14. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) „Echo de Paris“ meldet, daß die Abstimmung in den deutschen Ostgebieten nach einem Beschlusse des Rates der Alliierten nächst Monats mit Eintritt der Reichsgültigkeit des Friedens mit Deutschland stattfinden soll.

Tagung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

B e r l i n, 14. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Heute vormittag hielt der parlamentarische Untersuchungsausschuss für die Schuld am Kriege eine kurze Sitzung ab, in der die Behandlung der Untersuchungssache durch die Untersuchungsausschüsse besprochen wurde. Wie wir hören, wird die Mitteilung 11 des Ausschusses noch in dieser Woche, spätestens aber am kommenden Montag eine öffentliche Sitzung abhalten, in der zum ersten Male über die Sache selbst verhandelt wird. In dieser Sitzung wird zunächst der rechtspolitische Abgeordnete Dr. Engelmeier ein Referat darüber erstatten, welches Einbruch er aus dem Affäre des Ansvorigen Rates gewonnen habe. Der Ausschuss wird dann über die Friedensmöglichkeiten zunächst den früheren deutschen Vorkämpfer in Washington, Grafen Bernstorff, öffentlich vernommen werden, in der zum ersten Male über die Friedensmöglichkeiten durch die Vermittlung des Präsidialen Wilson bestanden haben. Nach dem Grafen Bernstorff wird der frühere Reichsminister Dr. Bethmann-Hollweg vor dem Ausschuss zu erscheinen haben. Im Laufe der nächsten Woche wird auch noch General Ludendorff von diesem Ausschuss gehört werden. Auch die Vernehmung Ludendorffs wird eine öffentliche sein. In nächster Zeit werden auch die drei anderen Untersuchungsausschüsse für die Untersuchung der Schuld am Kriege im Reichstagsgebäude tagen.

Die Nationalversammlung und die Entententenen.

B e r l i n, 14. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Heute vormittag um 10 Uhr ist der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten im Reichstag zu einer Sitzung zusammengetreten, um mit der Regierung die beiden letzten Noten der Entente und ihre Beantwortung zu beraten. In der Sitzung wird der Reichsminister des Innern, Hermann Müller, sprechen. Welche Noten werden, wie wir von einer dem Reichstagskammer nachstehenden Seite hören, noch im Laufe dieser Woche beantwortet werden.

Verhärfung des Berliner Streiks?

B e r l i n, 14. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie uns vom Verband der Berliner Metallindustriellen mitgeteilt wird, ist die Lage im Streik bis auf einen geringen Zuwachs der Streikenden unverändert. Die Streikenden angehalten werden, wie wir hören über das Maß der Unterstufung, das sie den streikenden Metallarbeitern leisten, erst in der heutigen Versammlung entscheiden. Sie haben den Streikenden ihre Unterstützung zugesagt und werden ihnen bei der weitgehenden Weise gewähren. Vom Verband der Metallisten und Helfer wird uns mitgeteilt, daß an einen Streik heute nicht gedacht wird. Man will in jedem Falle den Ablauf des Ultimatum abwarten. Vom Metallarbeiterverband wird uns geschrieben, daß man eine Verhärfung des Konfliktes für morgen erwartet. Die Sitzung des Vorstandes des Verbandes in Stuttgart, die gestern vor der Gründung geschiedet war, wird heute einen Aufsicht bringen, dem heute wird die Debatte über den Kampf in der Metallindustrie einleiten. Man ist der Ansicht, daß eine Verhärfung eintreten muß. Der Reichsminister, der sich ebenfalls in Stuttgart befindet, hat gestern durch ein Telegramm an das Reichsarbeitsministerium angeordnet, die Unternehmer anzuweisen, unverzüglich in Verhandlungen einzutreten.

Bermonds Angriff auf Riga.

S t o c k h o l m, 14. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Aber den Angriff auf Riga wird aus Helsinki gemeldet: Es gelang den Truppen des Obersten Analom-Bermonds, die auf dem linken Dünauer liegende letzte Vorposten zu besetzen. Der Versuch, den Übergang über die Düna zu machen, mißlang, die Pontonbrücke wurde von den Letten gesprengt und die auf der Eisenbahnbrücke postierte Artillerie stellte daranshin die Beschießung ein. Das Bombardement Rigas am Freitag hat namentlich die Stadträte zwischen der Düna und dem Theaterboulevard schwer bekräftigt. Zahlreiche Häuser dieses Viertels weisen Beschädigung auf.

Befehlsübernahme durch General von Eberhardt.

B e r l i n, 14. Oktober. Generalleutnant von Eberhardt hat der litauischen Regierung telegraphisch mitgeteilt, daß er den Befehl über das letzte Referat von Graf von der Goltz übernommen habe, und daß es kein Bedenken sein werde, nicht nur mit der litauischen Regierung

in bestem Einvernehmen zu handeln, sondern auch die entsprechenden Zwischigkeiten zwischen den in Litauen stehenden russischen Truppen und der litauischen Regierung aus der Welt zu schaffen. Da ihm mit Rücksicht auf seine Aufgabe der Rückführung der deutschen Truppen der Schutz der hierzu benötigten Eisenbahnen besonders am Herzen liege und eine Gefährdung dieser Bahnen verhängt werden müsse, hat Generalleutnant von Eberhardt gleichzeitig den Wunsch nach einer persönlichen Rücksprache mit einem Bevollmächtigten Vertreter der litauischen Regierung ausgesprochen.

Die litauische Regierung hat sich mit einer Besprechung in Entlang einverstanden erklärt und wird den Verkehrsminister und einen Offizier des Verteidigungsministeriums dorthin entsenden.

Ein polnischer Minister als Miturheber des Weltkrieges.

B ü r s c h, 14. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Bekanntlich steht das im Auftrag des deutsch-herrschenden Staatssekretärs für Auswärtiges jüngst ausgesprochene Best. daß neben dem Grafen Bernstorff auch der damalige Finanzminister Bilinski als Urheber des Weltkrieges anzusehen sei. Nun ist Herr Bilinski auch zurzeit Minister der Finanzen, aber in Polen. Die in Prag erscheinende „Narodny Politika“ läßt sich aus Paris melden, daß die Alliierten und assoziierten Regierungen die Ansicht hätten, die Rolle der am Kriegsausbruch Schuldigen, die angeklagt werden sollen, zu vervollständigen, und zwar soll auf die Rolle auch Bilinski, der zurzeit in Polen ist, genommen werden.

Die deutschen Schiffe in der Ostsee und die Spermaßnahmen.

A u s K i e l läßt sich die „Post. Ztg.“ berichten, daß anscheinend alle in den letzten Tagen ausgelaufenen deutschen Schiffe inzwischen unbeschädigt entweder ihr Ziel erreicht, oder irgendwohin in Position angelassen sind. Am Sonntag und gestern sei eine Anzahl deutscher Schiffe von der Ostsee in Richtung angekommen. Sie trafen in der westlichen Ostsee zwei englische Kreuzer, erledigten die üblichen Grußpflichten und konnten ihre Reise ungehindert fortsetzen.

Schwere Ausschreitungen Frankfurter Eisenbahn-Werksstätten-Arbeiter.

I n F r a n k f u r t a. M. legten etwa 15 000 Arbeiter in sämtlichen Eisenbahn-Werksstätten und Betriebsämtern die Arbeit nieder und veranstalteten einen Demonstrationen vor das Direktionsgebäude. Als der Präsident erklärte, die Forderungen der Arbeiter aus eigener Machtvollkommenheit nicht erfüllen zu können, benötigte sich laut „Berl. Tagebl.“ der Menge eine große Erregung und mehrere Hundert Arbeiter nahmen mit Gewalt von dem Gebäude Besitz.

Beschlüsse der belgischen Kammer.

B r ü s s e l, 14. Okt. (Gardas-Reuters.) Die Einkommenssteuervorlage wurde von der Kammer angenommen. Damit hat die 1914 gewählte Kammer ihre Arbeiten abgeschlossen.

Die belgisch-holländischen Verhandlungen.

A m s t e r d a m, 14. Okt. Der Pariser Korrespondent des „Telegraph“ meldet, daß die direkten Verhandlungen zwischen Holland und Belgien über die Wirtshaftstragen infolge der Abreise der belgischen Delegierten vorläufig unterbrochen wurden. Man erwartet aber ihre baldige Wiederaufnahme. Informationen aus belgischen Quellen bestätigen, daß der holländische Standpunkt in den die Schelde und Limburg betreffenden militärischen Fragen von der Ansicht fast allgemein gebilligt werde. Holland wird das Recht erhalten, die Schelde in Kriegszeiten für bewaffnete Schiffe zu schließen.

Was Norwegen erhalten soll.

K o p e n h a g e n, 13. Oktober. „Beelingske Tidende“ meldet aus Christiania: Bei einem Festmahle für den norwegischen Gesandten in Paris Wedel-Jarlsberg deutete Ministerpräsident Knudsen an, daß Norwegen außer Spitzbergen auch die Murmannküste von der Friedenskonferenz erhalten solle. Das Regierungsblatt „Dagbladet“ erwidert in den Äußerungen von einem größeren Norwegen die Befähigung dafür, daß bereits ein wirklicher Vorschlag für den Wirtshaft der Murmannküste an Norwegen vorliegt.

Pfländerungen auf Jamaica.

K i n g s t o n, 12. Oktober. Die „Times“ melden aus Kingston (Jamaica), daß in der Heimat jurisdiktorische Sektoren das Geschäftsgebiet der Stadt überfallen und teilweise geplündert haben. 15 Missetäter wurden verhaftet.

Der Postetat.

Ausgang aus der Rede des demokratischen Abgeordneten Debus in der Nationalversammlung zum Postetat am 11. Oktober.

Die Reichspostverwaltung hat während des Krieges trotz ihrer durch die militärischen Maßnahmen notwendigen Mehrleistungen mit erheblichen Zuschüssen gearbeitet, die jetzt durch die erhöhten Gebühren ausgeglichen werden sollen. Es fragt sich, ob, nach Vertilgung und Verringerung im richtigen Verhältnis stehen. So ist beispielsweise die Postkarte teurer geworden als die dreifache, die Gebühr für Briefe um das Doppelte erhöht worden. Schwer fallen ins Gewicht die Erhöhungen der Telegramm- und Fernsprechgeldern aus dem Gesicht der traurigen Betriebslage. Deshalb haben wir beim Postgebührengesetz gewünscht, daß zunächst die dreifache Gebühr für dringende Telegramme und Gespräche auf das Doppelte verabreicht würde. Aber ist uns das nicht gelungen und so fällt man gegenwärtig nicht die doppelte Gebühr für Fernspreche und Telegramme, sondern die dreifache, weil fast ausschließlich Telegramme und Gespräche als bringende behandelt werden. Dabei hat das Publikum noch häufig in Kauf zu nehmen, daß die Telegramme als Briefe behandelt werden. In Baden ist, daß die ermäßigten Rücksendungsgebühren im Ortsverkehr durch eine Verordnung der Postverwaltung beseitigt wurden. Bekreitet läßt sich nicht, daß durch die neuen Gebühren eine Vereinfachung des Betriebs eingetreten ist. Wandelnde Erfahrungen sind erfolgt. Eine weitere Vereinfachung des Betriebs muß erfolgen. Zu diesem Zweck sollte man eine Beratung von Sachleuten stattfinden lassen. Der neuere gerichtete Postetat ist dazu nicht die gegebene Infanz, weil ihm Leute aus dem Betriebe nicht angehören. Eine Verminderung des Schwellwertes und der unnötigen Staatskosten ist ebenfalls erforderlich. Der alte Post, daß weniger Postleute in einer möglichst großen Zahl des abgetragenen Schwellwertes eine besondere Kraft nicht muß vermindern. Die technischen Betriebsmittel, Fernsprecher und Sprechmaschinen, können nach viel mehr verwendet werden. Im Fernverkehr muß mit billiger besetzten Kräften gearbeitet werden. In jeder Stadt mit elektrischem Straßenbahnbetriebe muß sich die Verwaltung diesen Betrieb nutzbar zu machen versuchen. Antipollinien sollten in großen Umfang zur Verbesserung der Verkehrsbedingungen auf dem platten Lande eingerichtet werden. Zurzeit fehlt es ja da an Material. Sparanleihe soll gelöst werden, aber nicht auf Kosten weiterer Verschlechterungen des Verkehrs, denn dieser ist ungenügend schon schlecht genug. Die alte Statistik ist verdammt. Die Gründe der Verwaltung kann man nicht verstehen lassen, aber es muß mit allen Mitteln Hilfestellen geschaffen werden. Die nicht befristbare Unlust mancher Angestellten kann am besten auch durch die Beamtenauschüsse bekämpft werden. Wenn man auch im allgemeinen kein Freund von einer zu weitgehenden Aufsicht des Personals ist, so wird man doch dem Vorschlag der Postverwaltung, mehr Aufsichtstellen auf den Telefonämtern einzurichten, im Interesse des Betriebes zustimmen müssen. Wir sind ganz damit einverstanden, wenn gegen lästige Elemente mit härterer Strenge eingeschritten wird. Die verzögerte Abtragung der Telegramme läßt sich in den mittleren Städten auch durch Uebermittlung mittels Fernsprecher heben.

Das Ausfallen vieler Jünger beinträchtigt naturgemäß den Postbetrieb sehr stark. Der Mangel an gut gebildeten Personal trägt aber auch mit Schuld daran, wenn der Postbetrieb zu wünschen übrig läßt. Es geht nicht an, daß von den 20 000 Kräften noch etwa die Hälfte zum Teil mangelhaft ausgebildete Ausfühlerkräfte sind. Hier muß Abhilfe erfolgen. Das Publikum trägt zu dem Teil mit Schuld an dem Verkehrslende. Unangenehme Bezeichnung der Sendungen, mangelhafte Verpackung erschweren den Betrieb. Im vorigen Jahre waren 88 000 unanbringliche Pakete vorliegen und tagtäglich fast allein in Berlin 60 Beamte beschäftigt, die mangelhaft bezeichneten Briefe unterzubringen. Die Briefbestellung in den Städten darf keinesfalls noch verschlechtert werden. Im Gegenteil sollte überall wo es möglich ist, eine vermehrte Briefbestellung stattfinden. Die Kleinabgabe verdienen eine besondere Berücksichtigung. Bedauerlich bleibt, daß der Postverkehr infolge Personalmangels eingeschränkt wurde, nachdem er solche erfreuliche Aussicht eröffnet hatte. Möge die Postverwaltung versuchen, ihn so schnell wie möglich wieder herzustellen. Auch um die Verbindungen nach den besetzten Gebieten könnte sich die Postverwaltung noch mehr bemühen.

Die Porto- und Telegrammgebührenfreiheit muß so schnell wie möglich abgeschafft werden. Sie wird jetzt weidlich von militärischen und sonstigen Stellen auch im Privatinteresse ausgenutzt. Das hat eine unerträgliche Belastung des Verkehrs zur Folge. Auch die Postfreiheit der Truppen kann wegfallen. Der Postverkehr der sehr erheblich gemindert ist, läßt sich noch weiter steigern, wenn eine Verminderung der Spesenquoten eingeführt wird. Für das öffentliche Gebiet ist die Errichtung eines neuen Postamtes in Düsseldorf erforderlich. Die Punkte-

telegraphie, die jetzt von der Postverwaltung übernommen ist, hat zweifellos eine große Zukunft. Es sind wir aber darin, daß man sich vor übertriebenen Experimenten hüten muß. Die vorerwähnte Veranstaltung der Postverwaltung machen eine glänzende Eröffnung der Entschädigungen notwendig. Zur Befreiung der Postverwaltung ist es unbedingt notwendig, mit den amtlichen Bauten möglichst zurückzuführen. Die Übernahme der bayerischen und württembergischen Postverwaltung sollte möglichst bald erfolgen. Dabei berücksichtige man die Eigenart und übernehme die praktischen Betriebsverfahren dieser Verwaltungen. Eine Schädigung der Beamten darf nicht erfolgen.

Dank der maßvollen Einsicht der Führer und dank dem Sozialempfinden des gegenwärtigen Postministers ist ein gutes Einvernehmen unter den Beamten vorhanden. Die hierin liegende Ursache des verführerischen Sozialismus, stark antizipatorische Meinung und Unterdrückung der Persönlichkeitswerte hatte leider viel zu lange bestanden, so daß wir jetzt froh sind, daß ein freier Zug auch in der Postverwaltung herrscht. Die Beamtenausschüsse bei den Beamten haben sich gut bewährt und es wird erspürlichere Arbeit geleistet. Die Vorgesetzten haben sich mit den neuen Zuständen abgefunden, die wenigen, die es nicht tun, sollten einsehen, daß für sie jetzt kein Platz mehr vorhanden ist. Der Ausschluß der Postverwaltung muß noch viel mehr Aufmerksamkeit zuwenden werden, sowohl im Interesse des Verkehrs als auch im Interesse des Aufstieges der Beamten. Hierbei ist eine Überbrückung des Prüfungsweises zu vermeiden. Die praktische Erfahrung muß mehr berücksichtigt werden. Bei der Personalreform wird sich das alles erreichen lassen. Schädigungen sollten dabei vermieden werden. Aber engere Zusammenhänge darf kein Hindernis für den Aufstieg der Beamten sein. Daß man verheiratete Frauen ausfordert, aus ihrem Beamtenverhältnis auszuschließen, steht mit dem Artikel 128 der Reichsverfassung in direktem Widerspruch. Eine Ausdehnung der Sonntagsruhe ist zwar zu wünschen, doch darf das nicht zu einer völligen Stilllegung des Betriebes führen. Die Unterbringung von Kriegsgefangenen in die Postverwaltung ist noch weiter ausdehnen. Namentlich zur Befreiung der freierwerbenden Postagenturen sollte man sie heranziehen, ebenso bei den kleineren Beamten als Beamte. Es bleibt nichts übrig, als einem Teil der weiblichen Kräfte zu kündigen. Der Abschluß von Tarifverträgen mit den Angestellten und Arbeiterverbänden ist zu begrüßen. Hier darf aber nicht einseitig mit gewissen Forderungen nur verhandelt werden.

Wir werden für die Wünsche und Forderungen der Beamten uns stets einsetzen, soweit sie mit den allgemeinen Interessen erträglich sind. Eine Beamtenhaft, die so behandelt wird, wird auch keinen Raum bieten für heftige Bekleidungen, sondern in verstärkter Maße Berufsneutralität und Pflichterfüllung und so rechtlich zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes beitragen.

Die Ausführungen wurden wiederholt mit lebhafter Aufmerksamkeit begleitet und ernteten am Schluß lebhaften Beifall.

Das Tumultschadengesetz.

3. Sitzung des Ausschusses zur Beratung des Tumultschadengesetzes.

In der Einzelberatung zum Paragraphen 1 wird festgestellt, daß das Gesetz seinem Wortlaut nach nicht die bestehenden Tumultgesetze aufhebt. Hier müsse eine klare Fassung gefunden werden, daß alle bestehenden Gesetze aufgehoben seien.

Der Regierungsvizepräsident gibt das zu und schlägt vor, einen Untersatz zu bilden, der eine klarere Fassung finden müsse.

Ein Abgeordneter Reg. Vertreter gibt namens seiner Regierung die Erklärung ab, daß die bei der Revolution in München verurteilten Schützen unter das Gesetz fallen.

Dem stimmt die Reichsregierung zu.

Ein demokratischer Antrag will den ersten Absatz des § 1 so fassen, daß Entschädigung für Schäden im Zusammenhang mit inneren Kämpfen (die Worte: bei einer Zusammenrottung oder einem Zusammenlaufe von Menschen) sind zu streichen) oder durch Anwendung der dagegen ergriffenen Abwehrmaßnahmen gewährt werden sollen. Der Redner der Demokraten hält diese Fassung deshalb für wichtig, weil dann unter das Gesetz sämtliche Vorkommnisse wie in München fallen würden.

Ein Sozialdemokrat erklärt sich dagegen, nachdem die Regierung ihre Entschädigungspflicht im Münchener Falle anerkannt habe. Einige Sozialdemokraten wollen den zweiten Absatz, „Das gilt nicht für Beschädigungen am Eigentum der Einzelnen, der Gemeinden und Gemeindeverbände“, streichen. Ein Sozialdemokrat bekämpft diesen Antrag.

Der Antrag der Demokraten wird mit 12 gegen 9 angenommen. Die Streichung des Absatzes 2 abgelehnt dagegen Abf. 3 getrichen.

Gefangenen-Heimkehr aus Frankreich.

Genf, 18. Okt. Die „Humanität“ meldet, daß Clemenceau einer Vertagung der sozialistischen Kammerpartien gegenüber die Erklärung abgegeben habe, er habe nicht die Absicht, die Differenzen mit Deutschland über die Rückführung des Ballistik auf die nach der Ratifikation des Friedensvertrages beginnenden Gefangenentransporte einwirken zu lassen. Der Transport der Kriegsgefangenen würde keine Verzögerung erleiden. Wasas meldet zur besorglichen Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen, daß täglich 6000 Gefangene nach Deutschland abtransportiert werden sollen. Der Transport dürfte innerhalb 2 Monaten beendet sein. Die Londoner Zeitungen melden, daß die unterbrochenen gewissen regelmäßigen Kriegsgefangenentransporte aus England nach Deutschland am Montag wieder aufgenommen werden. Von den in England befindlichen 100 000 deutschen Kriegsgefangenen sind bisher rund 50 000 abtransportiert.

Das Neue Kreuz teilt noch mit, daß die allgemeinen deutschen Kriegsgefangenentransporte aus Frankreich



General v. Goltz, der jetzt abberufen wurde, Major Bischoff, der jetzt abberufen wurde.

nach Mitteilung der französischen Regierung zwischen dem 27. Oktober und 2. November beginnen sollen.

Die Leiden im besetzten Westen.

Am Sonntagabend gegen 11 Uhr wurde im nördlichen Stadtteil Ludwigsbäuser von Franzosen ohne den geringsten Anlaß ein 17 Jahre altes Mädchen namens Arnold aus Frontenthal hinterläßt mit einem Schuß durchs Herz auf der Stelle getötet. Das junge Mädchen kam, nach der „Neuen Badischen Landeszeitung“, mit Freundin und noch zwei jungen Leuten aus einer Theateraufführung des katholischen Junglingsvereins und wollte zum Hauptbahnhof, um die Nachtzug nach Frontenthal anzutreten, als der Gruppe fünf französische Soldaten begegneten, die ohne jede Bemerkung an ihnen vorbeizogen. Kaum waren die Soldaten jedoch einige Schritte entfernt, drehten sie sich herum und schossen ohne jeden Anlaß auf die Gruppe. Beim zweiten Schuß fiel das Mädchen tot zu Boden. Die Soldaten begaben sich nach der Tat in eine Wirtschaft, wo sie von der französischen Kriminalpolizei verhaftet wurden.

Als in Saarbrücken am Mittwoch ein Zug mit Kriegsgefangenen einfahren sollte, sammelten sich vor dem Bahnhof Tausende von Angehörigen und Bekannten zum Empfang an. Unmittelbar vor Einfahrt des Zuges erschien der französische Bahnhofskommandant und trieb die Angehörigen mit der Waffe in der Hand sämtliche Leute vom Bahnhof hinweg, so daß der Zug vor dem leeren Bahnhof eintraf. Die Menge vor dem Bahnhof aber stammte dafür „Deutschland, Deutschland, aber alles an“. Am nächsten Tage mußte die Stadt auf Veranlassung des französischen Kommandanten 10 000 Mark Geldstrafe bezahlen.

Wesentliche Erhöhung der Ruhehohn-Förderung.

Berlin, 14. Okt. (Sig. Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, werden im November die Ruhehohnsätze im Vergleich mit einer außerordentlichen Verteilung der Arbeitskräfte erfahren. Es ist bereits gelungen, mehr als 20 000 neue Arbeitskräfte anzulernen. Weiteres Zuwachs steht in Aussicht.

Wird sich Deutschland an der Blockade gegen Sowjet-Rußland beteiligen?

Berlin, 14. Oktober. (Sig. Drahtnachricht.) Von gut-informierter Seite erfahren wir, daß die deutsche Regierung in der Frage der Beteiligung Deutschlands an der Blockade gegen Sowjetrußland in erster Linie die auswärtigen politischen Interessen Deutschlands in Betracht ziehen und vornehmlich einer Beteiligung an der Blockade Russlands unter bestimmten Voraussetzungen zu Himmeln wird. Der Wunsch für auswärtige Angelegenheiten wird hoch in dieser Woche maßgebend am Donnerstag fest. Stellung zu dem Problem der Blockade zu nehmen. Die Noten der Entente über die Räumung des Baltikums und der Beringen Deutschlands an der Blockade gegen Rußland sollen, wie wir hören, noch im Laufe dieser Woche beantwortet werden. Minister Kosse, der an der Kabinettsberatung der beiden Noten teilgenommen wird, befindet sich bereits auf der Heimreise nach Berlin.

Beendigung des Eisenbahnerstreiks im Saargebiet.

Saarbrücken, 13. Oktober. Marshall Foch hat die Erfüllung der Sonderforderungen der Eisenbahner im Saargebiet, namentlich die Abschaffung der Gruppenschicht gegenüber den französischen Offizieren und Juristen, vorläufig abgelehnt. Dagegen wurde die Voraussetzung der festsitzenden Besatzungstruppen von den Werkschächtern, vorläufig abgelehnt. Dagegen wurde die Voraussetzung der festsitzenden Besatzungstruppen von den Werkschächtern, vorläufig abgelehnt. Dagegen wurde die Voraussetzung der festsitzenden Besatzungstruppen von den Werkschächtern, vorläufig abgelehnt.

Vor neuen Schweregezeiten im Berliner Metallarbeiter-Streik.

Berlin, 13. Oktober. In dem Berliner Metallarbeiterstreik, in dem sich durch die grundsätzliche Bereitwilligkeit beider Gruppen zu neuen Verhandlungen ein neuer Weg zur Verständigung gezeigt hatte, ist eine neue Komplikation eingetreten. Die Polizei und Wachschiffen hatten verlangt, daß die Metallarbeiterinnen bis Mittwoch mittags 12 Uhr die Verhandlungen annehmen hätten, widrigenfalls für die Verantwortung für alle daraus entstehenden Folgen absehn mußten. Das ist die unerfüllte Forderung, daß dann auch die Polizei und Wachschiffen in den Streik traten und damit die gesamte Versorgung Berlins mit Gas, Wasser und Elektrizität lahmgelegt wurde. Dann wurde Berlin in eine neue Welle von Unruhen hineingeworfen und es scheint, daß die Drahtzieher in dieser Streikbewegung auch den Willen haben, auf Kosten der Allgemeinheit die Polizei zu treffen, daß die Regierung Gegenmittel gegen den Streik nicht mehr zur Verfügung hat, d. h. also die Werke vorher zu sabotieren. Vom Reichswehrminister ist jedenfalls bei den Direktoren der Werke angefragt worden, ob ein besonderer militärischer Schutz der

Werke gegen Sabotage erwünscht wäre. Gleichzeitig ist vom Reichswehrgruppenkommando angeordnet worden, daß am Sonntag sämtliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in Großberlin durch Militäre Besetzt wurden, um Sabotageakte zu verhindern. Die Direktoren der Werke haben jedoch erklärt, daß gegenwärtig Sabotageakte noch nicht zu befürchten seien, und daß daher eine militärische Besetzung der Werke noch nicht notwendig wäre. Die zum Teil bereits durchgeführte Besetzung wurde deshalb auf Anordnung des Reichswehrgruppenkommandos wieder aufgehoben, ohne daß es zu irgend welchen Zwischenfällen gekommen wäre.

Monarchie oder Republik?

Köln, 13. Oktober. Die Vertreterversammlung des Wahlkreises Köln-Land der Deutschen Volkspartei hat am 18. Oktober in Leipzig stattfindenden Parteitag zur Frage der Staatsform die nächste Besetzung für das Parteiprogramm vorgeschlagen.

Die deutsche Volkspartei ist bereit auf dem Boden der bestehenden Verfassung im Wiederbau des Reiches mit zu arbeiten. Sie lehnt jetzt die grundsätzliche Erörterung der Frage ab, Monarchie oder Republik als Sachfrage vorzutragen, weil dadurch eine der vornehmsten Aufgaben der deutschen Volkspartei, die Befreiung der Volksgenossen und den Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen, erswert wird und weil die deutsche Volkspartei allen Männern und Frauen die Aufnahme bieten will ohne Rücksicht darauf, ob sie theoretisch die Monarchie oder die Republik für die bessere Staatsform halten.

Die Danziger Staatsbetriebe in städtischer Hand.

Berlin, 14. Okt. Die Übernahme der Reichs- und Staatsbetriebe von Danzig in den Besitz der Stadt Danzig, die als Ehrenbürgerin auftritt, ist gestern erfolgt. Die Reichswehr, die Gewerkschaft und die Arbeitervereinigungen wurden dem Oberbürgermeister übergeben. Die ganze Arbeitererschaft ist, wie der „Allgem. Ztg.“ berichtet, gewillt, ihre Arbeitsstunden so zu erhöhen, daß die Betriebe wieder rationell werden. Aus diesem Grunde befindet sich zurzeit ein Vertreter des Danziger Magistrats in Berlin, der wegen der benötigten Abtransporte der alten Kriegsschiffe aus dem Danziger Hafen nach Embden verhandelt. Voraussichtlich werden diese Schiffe in Danzig bleiben und auf der Werft zerlegt werden.

Wilson's Rolle ausgespielt?

Saar, 13. Okt. Laut „Neuere Courant“ veröffentlicht die „New York Times“ einen Brief des Senators Wilson, in dem es heißt, daß Präsident Wilson an einer Geheimkonferenz teilgenommen habe. Wilson werde nicht mehr gesehen, aber seine Rolle werde spielen. In Washington führt die Unklarheit darüber, wann der Präsident in der Lage sein wird, die Leitung der Geschäfte zu übernehmen, zu einer großen Verwirrung. Unter den Fragen, die noch gelöst werden müssen, befindet sich der Streitfall zwischen Amerika und Großbritannien wegen Belgien des „Imperator“ und insbesondere die Frage bezüglich Armenien und Konstantinopel, deren Lösung durch die Krankheit Wilsons verzögert wird, was zu nationalen Besorgnissen Anlaß gibt.

Findet die Washingtoner Arbeiterkonferenz statt?

Saar, 13. Okt. Laut „Neuere Courant“ teilte der Sekretär Wilsons mit, daß die Arbeiterkonferenz am 29. Oktober stattfinden wird, wenn der amerikanische Senat den Friedensvertrag ratifiziert hat, was jedoch nicht wahr zu sein scheint. Sollte die Ratifizierung noch nicht erfolgt sein, müßten die Delegierten selbst eine Entscheidung über die Konferenz treffen. Sie werden wahrscheinlich zusammenkommen und die Amerikaner aufrufen, trotz der nichterfolgten Ratifizierung des Friedensvertrages durch Amerika, an der Konferenz teilzunehmen.

Deutsches Reich.

Deutsch-französische Handelsbeziehungen.

Berlin, 14. Okt. (Sig. Drahtnachricht.) Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die französische Regierung in kürzester Zeit neue Bestimmungen über den Handelsverkehr mit Deutschland erlassen wird. Danach soll die deutsche Einfuhr nach Frankreich wesentlich erleichtert werden.

16. Deutscher Turntag.

Erfurt, 13. Okt. Das Parlament des deutschen Turntages mit seinen etwa 400 Mitgliedern tritt in dieser Woche nach achtfähriger Pause in Erfurt zu seiner 16. Tagung zusammen. Wohl noch kein Turntag seit Beleben der Turnerschaft hat sich vor so gewaltigen Aufgaben gestellt gesehen, wie dieser Erfurter Turntag. Es gilt alles wieder aufzubauen, was der Krieg auch in der deutschen Turnerschaft zerstört hat. Tausende ihrer besten Kräfte, das Vereinsleben, ihre genialen Führer, „den alten Witz“ hat der Krieg entziffen und jetzt heißt es, den verfallenen Turnern ein neues Haupt zu geben.

Dem Turntag ging heute vormittag eine außerordentliche Sitzung des Hauptauschusses im Saale des Erfurter Männer-Turnvereins voraus. Den Vorsitz übernahm Geheimrat Prof. Dr. Carl-Friedrich, der auch den 16. Deutschen Turntag präsidieren wird. Er eröffnete die Sitzung mit einem warmen Ausdruck für den verstorbenen Vorsitzenden der Deutschen Turnerschaft und erläuterte den Geschäftsbereich. Dann trat man in die Beratung der Tagesordnung des 16. Deutschen Turntages ein.

Ausland.

Hoher Arbeiterstreik in Amerika.

Saar, 13. Okt. Der „Neuere Courant“ meldet aus New York, daß infolge der Weigerung der internationalen Lohnregulierungs-Kommission, eine Lohnverhöhung zu gewähren, der Streik für alle Hafenarbeiter an der Küste des Atlantischen Ozeans verhängt